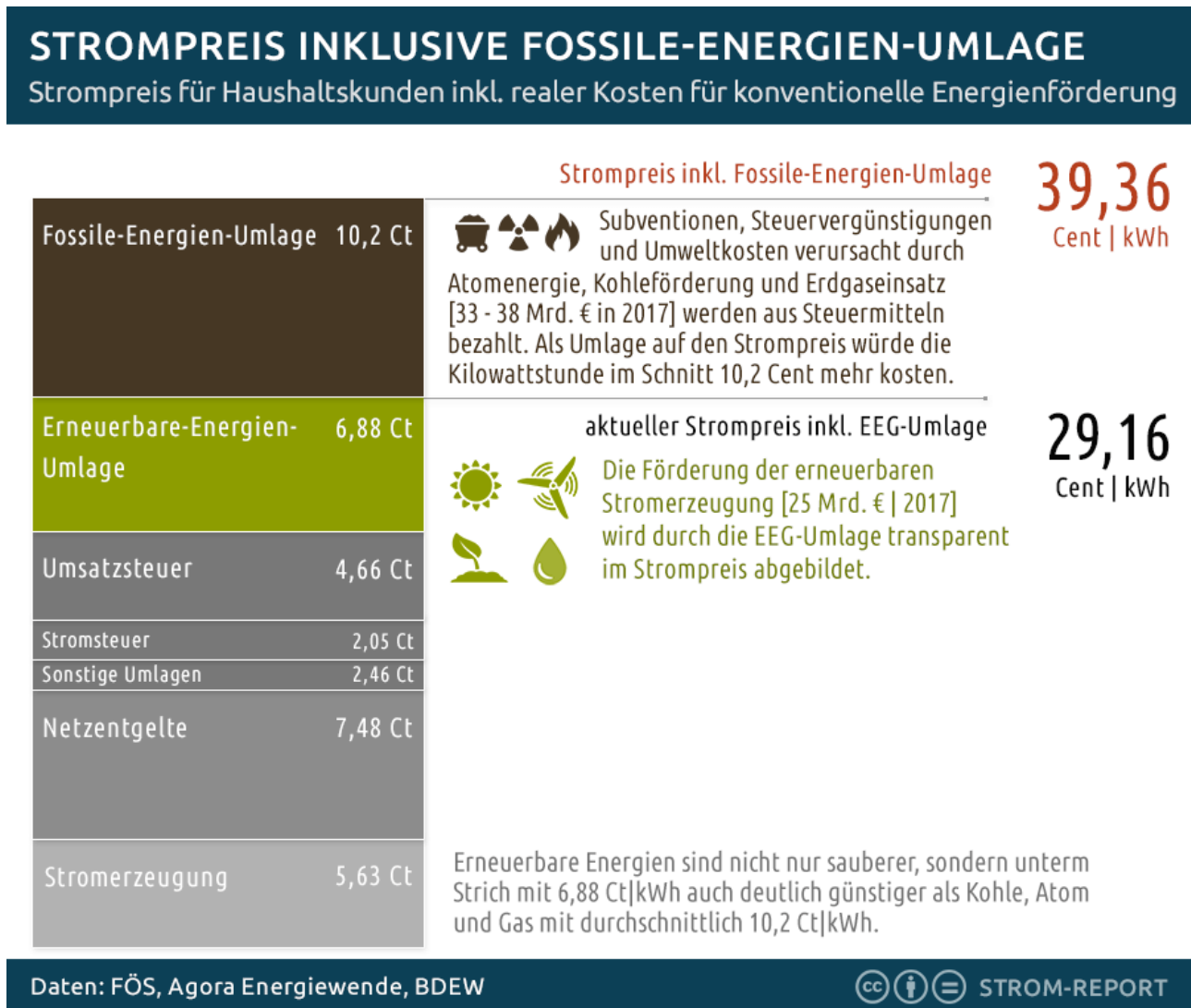


## Fossile-Energien-Umlage würde 2017 bei 10,2 Cent pro kWh liegen

Photovoltaik, Windkraft und Co. werden gern als Preistreiber bei den Stromkosten gebrandmarkt. Nach einem Bericht von „Strom-Report“ liegen die staatlichen Förderungen und Vergünstigungen für Atomkraft, Kohle und Gas sowie deren Folgeschäden mit 33 bis 38 Milliarden Euro in diesem Jahr erneut deutlich über dem Niveau der Ausgaben für Erneuerbare. Doch diese Kosten erscheinen nicht auf der Stromrechnung, sondern werden auf die Steuerzahler abgewälzt.

pv-magazine, 29. JUNI 2017 SANDRA ENKHARDT



Infografik „Fossile-Energien-Umlage: Die realen Kosten von Kohle- & Atomstrom“: Strom-Report. Die Kosten für Photovoltaik, Windkraft und Biomasse landen über die EEG-Umlage direkt auf der Stromrechnung. Die Zahlungen für Atom, Kohle und Gas werden hingegen weniger transparent auf die Steuerzahler abgewälzt.

Die EEG-Umlage liegt derzeit bei 6,88 Cent pro Kilowattstunde. Die Kosten werden auf den Strompreis der privaten Haushalte und kleineren Unternehmen in voller Höhe aufgeschlagen. Gern wird die EEG-Umlage daher als Treiber für den Strompreis an den Pranger gestellt. Vergessen wird dabei, dass auch Strom aus Atom-, Kohle- und Gaskraftwerken etwas kosten. Das Portal „Strom-Report“ hat nun auf Grundlage der Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ermittelt, dass eine Fossile-Energien-Umlage in diesem Jahr 10,2 Cent pro Kilowattstunde betragen würde.

Das Volumen der staatlichen Subventionen und Steuervergünstigungen für Atom, Kohle und Gas wird sich in diesem Jahr voraussichtlich auf 33 bis 38 Milliarden Euro summieren, heißt es bei

„Strom-Report“. Mit eingerechnet wurden Kosten für die Folge- und Umweltschäden durch fossile Energien. Insgesamt kommt man somit auf die Fossile-Energien-Umlage von rund zehn Cent pro Kilowattstunde. Die Kosten erscheinen allerdings nicht auf der Stromrechnung der Verbraucher, sondern werden auf die Steuerzahler abgewälzt. Für die Förderung von Photovoltaik, Windkraft und den anderen Erneuerbaren werden voraussichtlich 25 Milliarden Euro in diesem Jahr fällig.

In den vergangenen Monaten ist immer wieder über mögliche Fondslösungen und Steuerfinanzierungen für die EEG-Kosten diskutiert worden. Konkrete Pläne dafür gibt es allerdings nicht und das Thema ist politisch umstritten. In dieser Woche erst hat Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) mittelfristig die Abschaffung des EEG und der EEG-Umlage gefordert. Er monierte die ungerechte Kostenverteilung. Die Kosten für die Energiewende sollten nach seinem Willen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Zuvor sollten aber die regulatorisch bedingten Fehlentwicklungen und Kostentreiber reduziert werden, so Gerber.